

Universitäre Spartragödie muss ein Ende nehmen!



Als Folge des aktuellen Leistungsauftrags der Trägerkantone muss die Universität Basel von 2018 bis 2021 total 80 Millionen Franken einsparen. Die vorgesehenen Massnahmen belasten das administrative Personal und beeinträchtigen die wissenschaftliche Qualität von Forschung und Lehre immer weiter.

Von Kerstin Wenk

Der vpod region basel ist entsetzt und empört darüber, dass an der Universität weiterhin ohne Besinnung und Mass gespart wird. Dem Personal wird für das Jahr 2019 der Stufenanstieg verwehrt. Dieser Entscheid steht in direktem Zusammenhang mit dem aktuellen Leistungsauftrag der Trägerkantone, der kumulative Einsparungen von 80 Millionen Franken zwischen

2018-2021 vorsieht. Solche Sparvorgaben sind inakzeptabel, da gleichzeitig die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt tiefschwarze Zahlen schreiben.

Auf Kosten des Personals

Die vorgesehenen Einsparungen werden mit einem ganzen Bündel von Massnahmen umgesetzt und treffen das Personal gleich zweimal. Einerseits ist der Spardruck im Arbeitsalltag deutlich spürbar: Es wird durch Reorganisation versucht, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Dies geschieht allerdings auf dem Buckel der Mitarbeitenden, die von Unsicherheit, Kündigungen und immer grösseren Arbeitsbelastungen betroffen sind (vgl. Bericht Seite 30). Und: Trotz dem bisher solidarischen Engagement der Mitarbeitenden – die immer mehr arbeiten, um den zusätzlichen Aufwand zu bewältigen – soll ihnen nun der Stufenanstieg 2019 verwehrt werden! Statt Dank gibt's Demotivation!

Der vpod region basel forderte vehement via Medienmitteilung Einsicht in die genauen Hintergründe und Pläne hinsichtlich des derzeit stattfindenden Kaputtsparens der Universität Basel. Die Universität befindet sich auf Grund des Spardrucks in einer Abwärtsspirale, welche bald nicht mehr aufzuhalten sein dürfte. Frei nach dem Motto: «Sparen, koste es, was es wolle!» Weniger Professuren, weniger Mitarbeitende, weniger Qualität – der Reputationsschaden ist bereits Wirklichkeit.

Frauen besonders betroffen

Weitere Sparstrategien der Fakultäten sind zwar noch nicht bekannt, wurden aber bereits angekündigt. Bereits jetzt trifft die Streichung des Stufenanstiegs die Mitarbeitenden in tiefen Lohnklassen besonders hart. In diesen Stufen arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen. Soziale Abfederungen für diese sind dringend nötig; so wie dies fairerweise auch im Jahr 2004 in Verhandlungen mit dem vpod region basel beschlossen worden ist. Zu jener Zeit ging es um den Teuerungsausgleich, dieser wurde zumindest den Mitarbeitenden in den Lohnklassen 1-11 gewährt, damals mit 0,4 Prozent. Der vpod region basel erwartet, dass die beiden Kantone eingreifen und die bisherigen Spar- und Abbaumentscheide korrigieren. Die Spartragödie an unserer Universität muss ein Ende nehmen.

In einem Brief an den Universitätsrat forderte der vpod region basel zusammen mit dem Baselstädtischen Angestellten-Verband (BAV) reguläre Stufenanhebungen für 2019, einen angemessenen Teuerungsausgleich analog den beiden Trägerkantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie eine Neutralisierung der aufgelaufenen Minusteuerung. Der Ball liegt nun beim Arbeitgeber.

Kerstin Wenk, Regionalsekretärin Bildungs- und Sozialbereich, kantonale Verwaltung beider Kantone sowie Gremien



Sparmassnahmen führen zu Ungewissheit und Frust: Alltag in der Verwaltung der Universität Basel

Knapp 45 Millionen Franken muss die Universität Basel gemäss aktuellem Leistungsauftrag bis 2021 sparen. Damit ist der Spardruck für die Universität nun Realität. Der Abbau verläuft schleichend und individuell. Nur die prominenten Fälle schaffen den Weg in die Öffentlichkeit – dass der Sparhammer aber nicht nur bei den Fakultäten zuschlägt, sondern auch in der Verwaltung, wird medial wenig thematisiert. Eine Innenansicht.

Von Sina Deiss

Seit ein paar Jahren arbeitet Natalie¹ bereits in der Verwaltung der Universität Basel. Sie schätzt ihre KollegInnen und das Angebot an Weiterbildungen, kurzum: Sie mag ihren Job. Doch nun hat sich einiges drastisch geändert. Mittlerweile sei ihr Job eher eine mühsame als erfreuliche Aufgabe. «Es herrscht eine raue und kalte Atmosphäre», erzählt Natalie. Verantwortlich für die nüchterne Stimmung ist die völlige Unsicherheit unter den Verwaltungsmitarbeitenden darüber, wie es weitergehen wird. Zwar ist seit Anfang 2017 klar, dass die Universität den Gürtel zukünftig enger schnallen muss – welche Konsequenzen dies für die Verwaltung haben würde, blieb jedoch lange unklar. Auch das Ergebnis der vom Vizerektorat anfangs 2017 durchgeführten Evaluierung aller Einheiten – sprich «Bildung», «Forschung», «Entwicklung» und «Lehre» – bot keine eindeutige Gewissheit: Laut Bericht brauche es Neustrukturierungen und die Schaffung von einheitlichen Strukturen. Für Natalie ein unbefriedigendes Resultat: «Darunter kann man sich alles vorstellen. Die Kommunikation seitens des Vizerektorats war während der ganzen Evaluierung quasi Null.» Auch als im Juni 2017 endlich Klarheit über das Budget der Uni herrschte, vertröstete man die Mitarbeitenden auf März 2018 mit der genauen Bekanntgabe der Umsetzung der Sparmassnahmen.

¹ Pseudonym, der wirkliche Name ist der Redaktion bekannt.

Dennoch machte sich bei Natalie zuerst Optimismus breit, denn es schien, als sei ihre Abteilung nicht vom Abbau betroffen. «Die Erleichterung hielt aber nur kurz, bald vernahm man erste Kündigungen und Kürzungen in anderen Abteilungen.» Eine schwierige Situation. Einerseits sei man zwar erleichtert, nicht selbst betroffen zu sein, andererseits fühlte man mit den Betroffenen mit.

Mangelnde Kommunikation, Nährboden für Unsicherheiten

Für Natalie sorgt die ungenügende interne Kommunikation für Unverständnis. Sie empfindet die fehlende Transparenz seitens der Vizedirektion als mangelnde Wertschätzung gegenüber den Verwaltungsmitarbeitenden, diese heize ausserdem unnötig die Gerüchteküche an. «Immer mal wieder hörten wir von Schliessungen ganzer Abteilungen und Fakultäten, die sich im Nachhinein als Ente herausstellten. Der ideale Nährboden für Unsicherheiten, nicht nur bei Verwaltungsmitarbeitenden.» Grund für die Unklarheiten ist die Autonomie der Verwaltung und der Fakultäten bei der Umsetzung des Spardiktats. Jede Abteilung in der Verwaltung wie auch die Fakultäten müssen selber schauen, wie sie mit den Einbussen zurechtkommen.

Spätestens seit Mitte 2017 geistert also die Angst des Jobverlustes durch die Büros der Verwaltung. Der psychische Druck wachse, sagt Natalie weiter, «jeden und jede kann die Kündigung mit der Begründung Umstrukturierungen betreffen.» Aber auch die Unzufriedenheit der Mitarbeitenden nehme zu, beobachtet Natalie. «Es fehlt eine einheitliche Spar-Strategie. Alles ist in der Schwebe, es scheint, als wisse niemand richtig Bescheid. Das wirkt sich bereits negativ auf das Arbeitsklima aus.» In dieser Situation sei Solidarität schwierig, weil der Abbau schleichend und individuell verlaufe, gleichzeitig aber schnelle und unklare Veränderungen bringe. Die Unsicherheit ist enorm, das Vertrauen in die Universitätsleitung dahin – vor allem wegen der mangelnden Kommunikation.

Gipfel der Dreistigkeit

Als dann Mitte August dieses Jahres die Rektorin Andrea Schenker-Wicki auf dem jährlichen Ausflug der zentralen Universitätsverwaltung ein durchaus positives Zukunftsbild zeichnete und zwei Wochen später jedoch alle Verwaltungsmitarbeitenden einen Brief erhielten, mit der Mitteilung, dass der ordentliche Stufenanstieg für 2019 gestrichen sei, war für Natalie der Gipfel der Dreistigkeit erreicht. Dass diese faktische Lohneinbusse nicht bereits beim Ausflug von Schenker-Wicki thematisiert wurde, ist für Natalie völlig unverständlich. «Wahrscheinlich wollte sie uns die Stimmung nicht vermiesen, aber ganz ehrlich? Für mich ein weiteres Beispiel mangelhafter Kommunikation.»

Wie Natalies Zukunft an der Universität aussieht, ist ungewiss. «Wir müssen immer mehr Leistungen erbringen und dies mit immer weniger Ressourcen.» Lange möchte sie dies nicht mehr mitmachen.

Sina Deiss, Projektmitarbeiterin Kampagnen und Aktionen

Mit einem Lachen im Gesicht

Ich treffe die Kollegin Beatrice Messerli im Xocolatl, einem Café für die Freundinnen wertiger Schokoladen.



Ein Gespräch mit Beatrice Messerli über ihre Erfahrungen aus 40 Jahren Unterricht und gewerkschaftlichen Engagements. Von Johannes Gruber

Beatrice Messerli ist in Basel geboren und hat nahezu ihr ganzes Leben in ihrer Heimatstadt verbracht. Lehrerin werden wollte sie schon immer. Diejenige zu sein, die an die Tafel schreiben darf, schien ihr bereits in der Primarschule als erstrebenswert. Aufgrund ihres Schulabschlusses hatte sie aber nur eine eingeschränkte Wahl unter den Ausbildungsgängen zur Lehrperson. Da sie ein Faible für Stricken und Nähen hatte – noch heute näht sie ihre Kleider selber –, entschied sie sich für die Ausbildung zur Textillehrerin. Nach Abschluss der Berufsfachschule besuchte sie das Lehrerseminar und unterrichtete danach zwanzig Jahre im Pestalozzi-Schulhaus, an der damaligen Sekundarschule.

Handwerkliche Fähigkeiten zu vermitteln, machte ihr Freude. Als es dann aber mit der Reform zur Orientierungsschule (OS) möglich war, an der Universität Zusatzausbildungen zu absolvieren, nutzte Beatrice dies und studierte mit 40 noch Deutsch und Geschichte. Bis zu ihrer Pensionierung arbeitete sie als Klassenlehrerin 21 Jahre am Wasgenringschulhaus (OS 5-7).

Nach wie vor ist Beatrice eine Anhängerin der OS, auch nachdem diese mit der letzten Schulreform wieder abgeschafft wurde. Sie betont die Vorzüge der OS, etwa dass die relativ späte Selektion nach der 7. Jahrgangsstufe den SchülerInnen mehr Zeit für Entwicklungen und Entscheidungen liess. Auch dass es an der OS weniger Separierungen und keine Noten, sondern Lernberichte mit Leistungsbeschreibungen gab, findet sie nach wie vor sinnvoll. Oder dass die OS eine demokratische Schule war, an der die Lehrpersonen Entscheidungen selbst trafen. Wenn man als Lehrperson ein Anliegen gehabt habe, konnte man dieses an der Schulkonferenz vorbringen. Selbst hatte Beatrice für einige wenige Jahre auch die Schulhausleitung inne, den Spagat zwischen ihrer Rolle als Lehrerin und Schulleitung fand sie gar so nicht einfach. Die erste Generation der OS-Lehrerinnen

sei, wie sie nicht ohne Stolz anmerkt, extrem motiviert, engagiert, aber auch aufmüppig gewesen. Rückblickend befindet Beatrice, dass sie das damals relativ gut gemacht hätten – im Gegensatz zu heute. Die Referendumsabstimmung gegen die Implementierung von Leitungsstrukturen habe man leider knapp verloren. Mit der Einführung von professionellen Schulleitungen in den 2000er Jahren sowie der Zerschlagung von Vernetzung zwischen den Schulen hat sich das Arbeitsklima aufgrund von Hierarchisierung, Bürokratisierung und Entmündigung verschlechtert, eine Folge von diesen seien nicht zuletzt Demotivation und Entsolidarisierung unter den Lehrpersonen.

Als ihre erste politische Aktion nennt Beatrice die Demonstrationen für ein Gratis-Tram im Juni 1969. Sie kannte damals viele engagierte Menschen, die sie mitzogen. Der Gewerkschaft Erziehung beigetreten ist Beatrice dann auch bereits zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn Anfang der 1970er Jahre. Die Gewerkschaftsarbeit, die Durchsetzung besserer Arbeits- und Anstellungsbedingungen lag ihr immer schon besonders am Herzen. Eine wichtige Etappe ihrer Politisierung waren auch die Auseinandersetzungen über die Frauenrechte. Dazu gehörte die Einreichung der Basler Lohnklage der Kindergarten-, Hauswirtschafts und Textillehrpersonen Ende der 1980er Jahre im Kampf um Lohngleichheit und um die willkürliche Einstufung aufzuheben und gerechte Löhne durchzusetzen. In einem jahrelangen Marsch durch die Instanzen gelangten sie zweimal vor das Bundesgericht – und erhielten schliesslich Recht. Spannend war damals, die ganzen Lohnsystematiken, Einordnungen und Klassifizierungen zu studieren.

Den Reformen der letzten Jahre steht Beatrice skeptisch gegenüber. Insbesondere sei zu vieles zu schnell auf einmal geändert worden. Dabei wurden die Lehrpersonen übergangen, was Unzufriedenheit gefördert habe. Sinnvolle Forderungen nach kleineren Schulklassen, einer Reduktion von Unterrichtsverpflichtungen und einer immer mehr ausartenden Bürokratie finden auf dem Basler Erziehungsdepartement (ED) kein Gehör. Besonders bedenklich ist für Beatrice das immer autoritärere Auftreten des ED. So habe dieses etwa bei den aktuellen Diskussionen um die Basler Gymnasialquote im Alleingang ohne Absprache mit den Sozialpartnern entschieden, das Selektionsverfahren für den Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I zu ändern und weitere Bestimmungen zu erlassen.

Ein ehemaliger Schüler sprach Beatrice vor kurzem darauf an, dass sie jeden Morgen im Unterricht ein Lachen im Gesicht gehabt habe, dass man stets merkte, wie gern sie ihren Beruf ausgeübt hätte. Obwohl dies tatsächlich so gewesen sei, vermisse sie seit ihrer Pensionierung die Schule nicht. Sie geniesse es, nun mehr Zeit für ihr gewerkschaftliches und politisches Engagement zu haben. Für BastA ist Beatrice seit zwei Jahren im Grossen Rat, zudem ist sie im Basler Erziehungsrat.

Auf die Frage, ob sie nochmals diesen beruflichen und politischen Weg einschlagen würde, antwortet sie voller Verve: «Ja, ich würde nochmals Lehrerin werden! Ja, ich würde nochmals in die Gewerkschaft eintreten!! Ja, ich würde nochmals gegen die Einführung von Schulleitungen kämpfen!!!» ■